

Deutschlands Politik gegenüber Israel

Muriel Asseburg und Jan Busse

1 Einführung

Die Politik der Bundesrepublik gegenüber Israel ist nicht nur von politischen und wirtschaftlichen Interessen, sondern in besonderem Maße von der deutschen Geschichte – den deutschen Angriffskriegen und dem Völkermord an den Juden Europas – und der daraus abgeleiteten historischen Verantwortung geprägt. Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer handelte bereits 1952 das Luxemburger Abkommen aus, in dem die Zahlung von „Wiedergutmachungs“leistungen an Israel und die *Jewish Claims Conference* (JCC) vereinbart wurde – vor allem mit Blick auf die internationale Akzeptanz der jungen Bundesrepublik und ihre Westintegration (Weingardt 2005: 22ff). Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten 1965 haben Bundesregierungen gleich welcher Couleur, wenn auch unterschiedlich intensiv, die Vertiefung der deutsch-israelischen Beziehungen sowohl auf offizieller Ebene als auch im zivilgesellschaftlichen Bereich vorangetrieben.

In diesem Sinne förderten auch die rot-grüne Koalition (1998-2005) und die schwarz-rote Koalition (2005-2009) die Festigung und weitere Vertiefung der Beziehungen mit Israel: auf der Ebene der diplomatischen Beziehungen und bei der Sicherheitskooperation sowie im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Israel ist damit heute der Staat im Nahen und Mittleren Osten, mit dem Deutschland die engsten Beziehungen pflegt (Asseburg 2005). Gleichzeitig hat Deutschland darauf hingewirkt, die Beziehungen der EU mit Israel immer stärker zu vertiefen – so setzte die schwarz-gelbe Koalition schon 1994 während der deutschen Ratspräsidentschaft die sogenannte Essener Erklärung durch, die einen speziellen Status für Israels Beziehungen zur EU vorsieht (Rat der Europäischen Union 1994).

Deutsche Regierungen gingen und gehen zudem davon aus, dass Israels Sicherheit am Besten durch eine Friedensregelung mit seinen arabischen Nachbarn gewährleistet werden kann. Zudem sehen sie deutsche Interessen im Nahen und Mittleren Osten am ehesten mit engen Beziehungen zu Israel vereinbar, wenn der arabisch-israelische Konflikt gelöst ist. Zu diesen Interessen gehören unter ande-

rem die Abwehr von Sicherheitsrisiken, die von der Nachbarregion ausgehen, wie Terrorismus, irreguläre Migration und organisierte Kriminalität; gute Beziehungen zu muslimischen Bevölkerungen in der Nachbarschaft und im eigenen Land; Energiesicherheit und moderate Energiepreise; sowie eine internationale Ordnung, die auf Rechtsstaatlichkeit basiert. Deshalb haben deutsche Regierungen seit Beginn des Nahostfriedensprozesses zu Beginn der 1990er Jahre bilateral und im EU-Rahmen eine Zwei-Staaten-Regelung für die israelisch-palästinensische Dimension des Konflikts sowie eine umfassende Befriedung des israelisch-arabischen Konfliktes unterstützt. Sie haben sich im Rahmen der EU für eine regionale Konfliktregelung – etwa im Rahmen der multilateralen Verhandlungen des Madrid-Prozesses (Deutschland hat hier insbesondere das Sekretariat der *Regional Economic Development Working Group* (REDWG) in Amman unterstützt) – und für regionale Integration eingesetzt, letzteres im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP), der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und der Union für das Mittelmeer (UfM) (Asseburg 2003: 11-13; 2009a: 15ff).

Insgesamt war die deutsche Politik gegenüber Israel im Zeitraum 1998-2009 im Wesentlichen von Kontinuität geprägt, lediglich in Nuancen gab es Verschiebungen und unterschiedliche Akzentuierungen. Konstanten waren dabei, dass ein Großteil der Politik gegenüber der Region im EU-Rahmen bzw. in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern stattfand. Gleichzeitig akzeptierten die EU-Mitgliedstaaten die USA als Hauptvermittlerin im Nahen und Mittleren Osten, die auch im 2002 etablierten Nahost-Quartett (USA, EU, Russische Föderation, Vereinte Nationen) die Politikvorgaben machte und das Gremium eher als Koordinations- denn als Kooperationsinstrument betrachtete.

Unterschiedliche Akzentsetzungen der rot-grünen und der Großen Koalition ergaben sich aufgrund der politischen Sozialisation, den persönlichen Interessen und der Parteizugehörigkeit des jeweils agierenden Führungspersonals auf deutscher und israelischer Seite sowie der „Chemie“ zwischen beiden Seiten. Diese persönlichen Faktoren wirkten sich darauf aus, wer in der Bundesregierung für das Dossier zuständig war, wie intensiv sich die Beziehungen mit Israel gestalten und wie nachdrücklich das deutsche Engagement im Friedensprozess war. So war etwa die Arbeitsteilung im Kabinett in Bezug auf Israel und den Nahostfriedensprozess während der beiden Koalitionen unterschiedlich geregelt. Auch unterschieden sich die Intensität und die Schwerpunktsetzung des Engagements.

Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen ergaben sich aber auch weniger als Folge von Planungs- und Entscheidungsprozessen in Berlin (bzw. in Brüssel), sondern in Abhängigkeit von Entwicklungen in der Region, von den transatlantischen Beziehungen und von amerikanischer Nahostpolitik. Vor allem das Schei-

tern des Oslo-Prozesses, der Ausbruch der zweiten Intifada und wiederkehrende gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Israel und seinen Nachbarn machten wiederholt eine Anpassung des deutschen bzw. europäischen Engagements erforderlich. Sie stellten die deutschen Entscheidungsträger auch immer wieder vor die Frage, welche Politik und welche Maßnahmen konkret aus der historischen Verantwortung abzuleiten seien.

2 Deutsche Israelpolitik unter der rot-grünen Koalition (1998-2005)

2.1 Koalitionsverträge, Arbeitsteilung und Protagonisten

Die rot-grüne Bundesregierung betonte in ihrem Koalitionsvertrag von 1998 die besondere Verpflichtung Deutschlands gegenüber Israel und die sich daraus ergebende Forderung nach einem deutschen Beitrag zu Israels Sicherheit und einer friedlichen Lösung des Nahostkonflikts (SPD/Bündnis 90/Die Grünen 1998: 48). Im Koalitionsvertrag für die zweite Legislaturperiode der rot-grünen Regierung wurde die Notwendigkeit eines Engagements zur Regelung des Nahostkonflikts – vor dem Hintergrund der Anschläge vom 11. September 2001 – in den Kontext des Kampfes gegen den Terrorismus gestellt. Als zentraler Akteur wurde das Nahost-Quartett identifiziert (SPD/Bündnis 90/Die Grünen 2002: 74). Konkrete Angaben, wie ein deutscher Beitrag zur Konfliktlösung aussehen sollte, finden sich in keinem der beiden Koalitionsverträge.

In der rot-grünen Koalition bildete sich rasch eine Arbeitsteilung heraus, in der Außenminister Joschka Fischer für das Dossier Israel und Nahostfriedensprozess zuständig war, während Kanzler Gerhard Schröder sich auf die Beziehungen zu anderen wichtigen Staaten konzentrierte – mit Blick auf Wirtschaftsförderung und Rohstoffsicherung nicht zuletzt zu den Staaten am Arabischen/Persischen Golf.

Fischer wurde während seiner Amtszeit immer wieder mit Vorwürfen konfrontiert, er hätte 1969 an einem Kongress der *Palestine Liberation Organisation* (PLO) in Algier teilgenommen und applaudiert, als der bewaffnete Kampf zur Befreiung Palästinas sowie der „Endsieg über Israel“ propagiert wurde (Spiegel Online 2001). Es gelang ihm dennoch rasch, sich im Amt des Außenministers als überzeugter Kämpfer gegen Antisemitismus und als Unterstützer Israels zu positionieren. Dabei berief er sich auf die deutsche historisch-moralische Verantwortung nicht nur gegenüber dem jüdischen Volk, sondern auch gegenüber dem Staat Israel. Aus der Verantwortung für Israels Existenzrecht und Sicherheit leitete er

gleichzeitig ab, dass Deutschland sich auch für die Rechte der Palästinenser und für Konfliktregelung einsetzen müsse. Entsprechend hoben auch die Grünen in ihrem Grundsatzprogramm von 2002 sowohl das Existenzrecht Israels als auch die Schaffung eines palästinensischen Staates hervor (Bündnis 90/Die Grünen 2002).

Letztlich gelang es Fischer wie keinem anderen deutschen Politiker sowohl in Israel als auch bei den Palästinensern als vertrauenswürdiger Partner anerkannt zu werden (Weingardt 2005: 29). In seiner knapp siebenjährigen Amtszeit reiste er insgesamt vierzehn Mal in den Nahen Osten. Sein Engagement bei der Bekämpfung des Antisemitismus sowie seine Bemühungen um die deutsch-israelischen Beziehungen und den Friedensprozess wurden mehrfach ausgezeichnet: Im Mai 2002 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Universität Haifa verliehen; im Oktober 2002 erhielt er den Heinz-Galinski-Preis der Jüdischen Gemeinde zu Berlin; im März 2003 wurde er mit der Buber-Rosenzweig-Medaille des Deutschen Koordinierungsrates der Deutschen Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit ausgezeichnet; im Mai 2005 erhielt er den Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland; im Mai 2006 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Universität Tel Aviv verliehen (Haus der Geschichte 2010).

Gerhard Schröder hingegen wahrte eher Distanz zu Israel; während seiner Regierungszeit besuchte er das Land nur ein einziges Mal. Dennoch hatten Schröder und Fischer keinen grundsätzlichen Dissens in Bezug auf die Nahostpolitik. So betonte auch Gerhard Schröder, etwa in einer Regierungserklärung zur Lage im Nahen Osten im April 2002 anlässlich der israelischen Militäroperation *Defensive Shield*, dass das Eintreten für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels die unveränderliche Grundlage deutscher Außenpolitik bleibe. Boykottmaßnahmen gegen Israel lehnte er strikt ab. Gleichzeitig verdeutlichte auch er, dass Israels Sicherheit dauerhaft nur durch die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates gewährleistet werden könne. Schröder argumentierte außerdem, dass das Engagement für den Frieden in Nahost im Kontext des Kampfes gegen den Terror gesehen werden müsse, weshalb damit indirekt auch ein Beitrag zur Sicherheit Deutschlands geleistet würde (Schröder 2002).

2.2 *Bilaterale Beziehungen zu Israel*

Unter der rot-grünen Koalition wurden die bilateralen Beziehungen weiter vertieft. Die Rede von Bundespräsident Johannes Rau im Februar 2000 vor der Knesset wurde dabei als Meilenstein gesehen: Es war das erste Mal, dass ein deutsches Staatsoberhaupt im israelischen Parlament sprach, und erstmals wurde in der

Knesset eine Rede auf deutsch gehalten. Dies führte zwar zu Protesten und zum Boykott der Sitzung durch einige Abgeordnete. In der Rede gelang es Rau jedoch, überzeugend die Brücke zwischen historischer Schuld und künftiger Verantwortung für und Partnerschaft mit Israel zu schlagen (Süddeutsche Zeitung 2000). Auch setzte sich Deutschland weiter im Rahmen der EU für israelische Anliegen ein. So wurde während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 1999 etwa ein weitreichendes Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft, Forschung und Technologie zwischen Israel und der EU abgeschlossen. Premierminister Ehud Barak bezeichnete Deutschland 1999 auch deshalb als „Israels gute[n] Botschafter in Europa“ (zit. n. Weingardt 2005: 29).

Entwicklungshilfeleistungen an Israel hatte die Bundesregierung bereits 1996 eingestellt. Dies wurde damit begründet, dass Israel aufgrund seines gestiegenen Pro-Kopf-Einkommens gemäß OECD-Definition nicht mehr als Entwicklungsland galt (Deupmann 1995). Auch die Wiedergutmachungsleistungen an den israelischen Staat auf Grundlage des Luxemburger Abkommens von drei Milliarden DM waren bereits abgeschlossen. 2001 initiierte Bundeskanzler Schröder die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, durch die zwischen 2001 und 2007 ehemalige NS-Zwangsarbeiter mit insgesamt rund 5,1 Milliarden Euro entschädigt wurden (Probst 2009). Die Mittel wurden je zur Hälfte durch die Bundesregierung und Unternehmen der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft bereit gestellt. Die Bundesregierung fühlte sich aber auch darüber hinaus gegenüber Israel weiter in der Pflicht. Deshalb konnte Israel insbesondere deutsche Rüstungsgüter immer wieder zu Vorzugspreisen oder unentgeltlich erhalten. Der Kanzler betonte in diesem Zusammenhang:

Israel bekommt, was es für die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit braucht und bekommt es dann, wenn es gebraucht wird (Schröder 2002).

Fortgeführt wurden also auch militärische Zusammenarbeit und Rüstungskooperation. Ein besonderer Bestandteil dieser Kooperation war die gemeinsame Auswertung von Wehrmaterial von Drittstaaten. Eine Zusammenarbeit fand darüber hinaus bei der Ausbildung der beiden Armeen sowie im regelmäßigen Austausch der Streitkräfte und Verteidigungsministerien über Fragen der Einsatzplanung und Doktrin statt. Seit 1984 gibt es zum Beispiel an der Führungsakademie der Bundeswehr ein Ausbildungsprogramm für Offiziere der israelischen Armee (Nassauer/Steinmetz 2003: 11-14).

Zu Beginn der rot-grünen Koalition, in den Jahren 1999 und 2000, stieg die tatsächlich getätigte Ausfuhr von Kriegswaffen nach Israel deutlich (auf 1,29 Milliarden DM) an. Damit befand sich Israel auf Rang eins der deutschen

Kriegswaffenexporte in „Drittstaaten“, also Staaten außerhalb von NATO und EU (BMW 2010a).¹ Diese Zunahme liegt allerdings in der Auslieferung von drei U-Booten der *Dolphin*-Klasse begründet, deren Genehmigung bereits unter der Regierung Kohl vorgenommen wurde. Als im Zusammenhang mit dem Zweiten Golfkrieg 1990/1991 bekannt wurde, dass Deutschland Rüstungsgeschäfte mit dem Irak getätigt hatte, erklärte sich Bundeskanzler Helmut Kohl 1991 bereit, den Bau und die Kosten von zwei U-Booten für Israel zu übernehmen. 1995 wurde die Bereitstellung eines dritten U-Bootes mit deutscher Finanzierung vereinbart (Nassauer/Steinmetz 2003: 19f.).

Insgesamt waren die Ausfuhren von Kriegswaffen nach Israel unter der rot-grünen Bundesregierung auf einem deutlich höheren Niveau als unter der Vorgängerregierung. Während der israelischen Militäroperation *Defensive Shield* im Frühjahr 2002 unterbrach die Bundesregierung zwar kurzzeitig ihre Waffenlieferungen nach Israel, allerdings ohne ein offizielles Embargo zu verhängen oder dies offiziell zu verkünden (Nassauer 2010a; NZZ 2002). Im Jahr 2003 exportierte Deutschland Kriegswaffen in Höhe von 100 Millionen Euro; den Hauptanteil machte dabei eine langfristige „Leihgabe“ von *Patriot*-Flugabwehrsystemen aus. 2005 bestellte Israel zwei weitere *Dolphin*-U-Boote in Deutschland, mit der Option auf ein drittes. Die Bundesregierung übernahm von den beiden Booten ein Drittel der Gesamtkosten von etwa einer Milliarde Euro. Ein weiteres Drittel sollte über israelische Rüstungslieferungen an die Bundeswehr abgedeckt werden; die israelische Regierung schließlich trug das restliche Drittel. Bundeskanzler Schröder erteilte die Genehmigung für dieses Geschäft am letzten Arbeitstag der bereits abgewählten rot-grünen Bundesregierung. Besonders kontrovers war diese Genehmigung, weil Israel die U-Boote potentiell mit Nuklearsprengköpfen bestücken könnte (Nassauer 2010a; BMW 2010a).

Die Rüstungskoooperation zwischen Deutschland und Israel war und ist jedoch keineswegs einseitig. Insbesondere die technologische Expertise von israelischen Rüstungsfirmen ist für deutsche Unternehmen von Bedeutung. Joint Ventures zwischen israelischen und deutschen Firmen haben seit Mitte der 1990er Jahre zugenommen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere das israelische Know-how bezüglich unbemannter Flugkörper (Drohnen) für Deutschland interessant (Nassauer/Steinmetz 2003: 28). So setzte die deutsche Luftwaffe etwa bei

¹ Tatsächliche Ausfuhren werden derzeit nur für den Teilbereich der Kriegswaffen statistisch erfasst. Zur Schwierigkeit der Interpretation der Rüstungsexportberichte des Bundesministeriums für Wirtschaft bezüglich der Unterscheidung zwischen Genehmigungen und tatsächlichen Exporten sowie zwischen Kriegswaffen, sonstigen Rüstungsgütern und *Dual-Use*-Gütern siehe Nassauer/Steinmetz 2003: 14ff.

der Kontrolle des Luftraums über dem ehemaligen Jugoslawien Ende der 1990er Jahre israelische Technologie ein (Shpiro 2003).

Auch der wirtschaftliche Austausch zwischen beiden Staaten prosperierte unter der rot-grünen Koalition weiter. Deutschland blieb nach den USA der zweitwichtigste bilaterale Handelspartner Israels. Das Außenhandelsvolumen zwischen Deutschland und Israel stieg während der rot-grünen Regierungszeit von 3,33 Milliarden US-Dollar im Jahr 1998 auf 4,43 Milliarden US-Dollar im Jahr 2005 an (IWF 2010). Zwischen 2001 und 2003, also während der Hochphase der zweiten Intifada, war ein leichter Wirtschaftseinbruch in Israel zu verzeichnen. Das deutsch-israelische Außenhandelsvolumen fiel jedoch auch in dieser Zeit nicht unter ein Niveau von 3,22 Milliarden US-Dollar im Jahr 2002. Die Außenhandelsbilanz zwischen Deutschland und Israel war insofern unausgewogen, als deutsche Exporte nach Israel im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch waren wie die israelischen Exporte nach Deutschland. Zudem war Israel für Deutschland – zumindest an den absoluten Zahlen gemessen – von geringer Bedeutung: Im Jahr 2005 befand sich Israel nur auf Platz 40 der wichtigsten Handelspartner Deutschlands. Allerdings war das Land einer der Haupthandelspartner im Nahen Osten: Dort wurde es 2005 nur von Saudi-Arabien übertroffen (Asseburg 2005). Im September 2005 wurde der *German-Israeli Business Council* gegründet, um die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen beider Länder noch weiter auszubauen (BMWi 2010b).

Zu den großen Erfolgsgeschichten der deutsch-israelischen Beziehungen gehört der deutsch-israelische Jugendaustausch, an dem seit seiner Einrichtung bereits mehr als eine halbe Million junger Menschen teilgenommen hatten. 1969 wurde der Austausch von beiden Regierungen institutionalisiert und in der Folge aus Bundesmitteln gefördert (Schubert 2004; ConAct 2007). Auch in diesem Bereich wurden während der rot-grünen Koalition weitere Fortschritte erzielt: Zum 40. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde 2005 die Gründung der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum (DIZF) beschlossen. Die Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, ein Multiplikatorennetzwerk junger Menschen aus beiden Ländern aufzubauen und in diesem Rahmen innovative, zukunftsorientierte Projekte aus Kultur, Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien zu fördern. Dafür stehen der Stiftung jährlich rund 500.000 Euro zur Verfügung (Auswärtiges Amt 2008).

Auch im Bereich von Bildung und Forschung war und ist die deutsch-israelische Kooperation besonders eng. Dabei ist das Flaggschiff der Wissenschaftskooperation die 1964 gegründete Minerva-Stiftung, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung jährlich mit 3,75 Millionen Euro unterstützt

wird (FAZ 2008; Schmidt 2005). Auch hier wurde die Kooperation weiter ausgebaut. Am 29. April 2001 reiste die Ministerin Edelgard Bulmahn mit einer 25-köpfigen Delegation zu einem fünftägigen Besuch nach Israel, um die deutsch-israelische Wissenschaftskooperation zu stärken (Jerusalem Post 2001). Diese Bemühungen setzten sich dann auch unter der schwarz-roten Koalition fort. Das Jahr 2008 wurde zum deutsch-israelischen Jahr der Wissenschaft und Technologie erkoren, um die Zusammenarbeit weiter zu vertiefen (BMBF 2008).

2.3 *Das Engagement im Nahostfriedensprozess*

Aufbauend auf der Überzeugung, dass Israels Sicherheit am Besten durch eine Zwei-Staaten-Regelung und eine Friedenslösung in der Region zu erreichen sei, initiierte die rot-grüne Regierung während ihres EU-Ratsvorsitzes im März 1999 die Berliner Erklärung. In dieser formulierten die EU-Mitgliedstaaten – angesichts des Stillstands im Friedensprozess und des bevorstehenden Endes der in Oslo ursprünglich vereinbarten Interimsperiode – zum ersten Mal explizit das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung einschließlich der Option für einen eigenen Staat (Rat der Europäischen Union 1999). Gleichzeitig machten die Europäer gegenüber der palästinensischen Führung deutlich, dass sie die Zeit für eine Staatsausrufung, wie von Präsident Jasir Arafat für das Ende der Interimsperiode angekündigt, noch nicht für gekommen hielten und dass zunächst Endstatusverhandlungen erfolgen sollten.

Joschka Fischer übersetzte für sich historische Verantwortung in ein aktives Engagement beim Nahostkrisenmanagement und bei der Suche nach einem Ausweg aus der Spirale der Gewalt, die die Dynamik in der Region seit Ausbruch der zweiten Intifada Ende September 2000 beherrschte. Auslöser für sein intensives persönliches Engagement war dabei ein Aufenthalt in Tel Aviv im Juni 2001, bei dem er Augenzeuge der Auswirkungen eines Selbstmordanschlags auf die Diskothek *Dolphinarium* wurde. Fischer gelang es in den darauffolgenden Tagen, zwischen dem israelischen Premierminister Ariel Sharon und dem palästinensischen Präsidenten Jasir Arafat zu vermitteln und so eine größere Eskalation zu verhindern (Knaul 2005). Auch in Folge engagierte er sich immer wieder, um Lösungen für akute Krisen zu finden. Schon vorher hatte Deutschland knapp 400 ehemalige Kämpfer der *South Lebanon Army* (SLA), die mit der israelischen Besatzung kollaboriert hatten, sowie ihre Familienangehörigen, aufgenommen, um den israelischen Abzug aus dem Süden des Libanon im Mai 2000 zu unterstützen (Weiland 2000; NZZ 2000).

Über reines Konfliktmanagement hinaus begann Fischer auch, sich für die Befriedung des Konflikts einzusetzen: Im April 2002 legte er – im Vorfeld des ersten Treffens des Nahost-Quartetts – den sogenannten Sieben-Punkte-Plan für eine mögliche Beilegung des Konflikts mittels einer Zwei-Staaten-Regelung binnen zwei Jahren vor. Dieser Plan sah parallele Verhandlungen über eine Waffenruhe und Fortschritte im Sicherheitsbereich einerseits und über eine Konfliktregelung andererseits vor. Zudem enthielt das Ideenpapier eine konkrete internationale Sicherheitskomponente: Die internationale Gemeinschaft, angeführt vom Quartett, sollte politische und militärische Garantien für die Umsetzung der einzelnen Schritte und der endgültigen Lösung geben (Fischer 2002).

Dieses Engagement Fischers war in mehrerlei Hinsicht bemerkenswert: Erstens forderte er nicht lediglich eine größere politische Rolle der Europäer ein, wie bis dato bei vielen Europäern üblich, sondern füllte eine solche Rolle auch tatsächlich aus, indem er aktiv konkrete Vorschläge machte. Zweitens setzte er in Bezug auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit den USA deutlich andere Akzente als der Bundeskanzler. Letzterer lehnte im Vorfeld des Irakkrieges eine Kooperation hinsichtlich eines Angriffs kategorisch ab. Vor allem durch den harschen Stil der Ablehnung brüskierte er die Bush-Administration, was zu einer erheblichen Eintrübung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses führte. Auch bemühte er sich nicht ernsthaft um eine gemeinsame Haltung der EU. Außenminister Fischer hingegen ergriff zwar die Initiative, setzte aber gleichzeitig auf Kooperation sowohl im Rahmen der EU als auch mit den USA: Mit seinem Ideenpapier lieferte er die inhaltliche Ausgestaltung für die Forderung des englischen Premierministers Tony Blair an die Amerikaner, im Gegenzug zur europäischen Kooperation im Irak ihr amerikanisches Engagement im Nahostfriedensprozess zu verstärken.

In Folge einigten sich die EU-Außenminister im August 2002 in Helsingör auf einen Drei-Phasen-Plan zur Beendigung der gewalttätigen Auseinandersetzungen, zur Etablierung eines palästinensischen Staates und zur Aushandlung eines endgültigen Friedensabkommens (FAZ 2002). Die amerikanische Administration griff den Plan zwar auf, sie schwächte allerdings die Verbindlichkeit, den Zeitplan und die internationale Komponente deutlich ab. Ende April 2003 wurde den Konfliktparteien die *Roadmap* des Nahost-Quartetts für eine friedliche Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts mittels einer phasenweisen Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung bis zum Jahre 2005 offiziell vorgelegt.² Ob-

² Die *Roadmap* (genauer Titel: „A Performance-Based Roadmap to a Permanent Two-State Solution to the Israeli-Palestinian Conflict“) findet sich auf der Website des Auswärtigen Amtes: <http://www.auswaer>

wohl sich Anfang Juni 2003 der US-Präsident, der israelische Premierminister und der palästinensische Premierminister auf einem Dreier-Gipfel in Aqaba auf die Umsetzung der *Roadmap* verpflichteten – Israel allerdings unter Vorbehalten – eskalierte die Gewalt schon eine Woche nach dem Gipfel erneut (Asseburg 2003: 28-32). Ein Wiedereinstieg in einen substantiellen Friedensprozess gelang nicht. Nach diesem schnellem Scheitern der *Roadmap* ließ dann auch Joschka Fischers Engagement um Konfliktregelung im Nahen Osten deutlich nach.

3 Deutsche Israelpolitik unter der Großen Koalition (2005-2009)

3.1 Koalitionsvertrag, Arbeitsteilung und Protagonisten

Wie im Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung findet die besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel auch im Koalitionsvertrag von 2005 besondere Erwähnung (CDU/CSU/SPD 2005). Außerdem wird dort auf die *Roadmap* des Nahost-Quartetts und auf die Zwei-Staaten-Regelung Bezug genommen. Dieser Konsens in Bezug auf die Grundpositionen der Koalitionsparteien wird auch beim Vergleich der Programme von CDU, CSU und SPD von 2007 deutlich. Alle enthalten ein klares Bekenntnis zur besonderen Verantwortung für das Existenzrecht Israels sowie dafür, für einen unabhängigen palästinensischen Staat einzutreten (CDU 2007; CSU 2007; SPD 2007).

In der schwarz-roten Koalition machte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Beziehungen zu Israel zur Chefsache, während Außenminister Frank-Walter Steinmeier in diesem Politikfeld eher im Hintergrund blieb – auch wenn er die im Koalitionsvertrag festgelegten Grundsätze uneingeschränkt teilte. Nun war es nicht länger der Außenminister, der die Beziehungen zu Israel bestimmte, sondern die Regierungschefin. Zwar reiste auch Steinmeier insgesamt zehn Mal in den Nahen Osten, ein Profil entwickelte er aber erst im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg zur Jahreswende 2008/2009.

Unter Kanzlerin Merkel veränderte sich im Vergleich zur Vorgängerregierung zunächst einmal der persönliche Zugang zu Israel. Vor dem Hintergrund ihrer Sozialisation in der DDR – und damit der Erfahrung der Nichtanerkennung Israels durch den damaligen ostdeutschen Staat und dessen Nichtübernahme von Verantwortung für Faschismus und Holocaust – bekannte sich Merkel als Kanzlerin immer wieder ausdrücklich zu Deutschlands historischer Verantwortung,

zum Kampf gegen Antisemitismus, zu Israels Existenzrecht und Sicherheit und zu engen Beziehungen mit dem israelischen Staat (Süddeutsche Zeitung 2010). Dabei kam Merkel auch einer Forderung der israelischen Führung nach, nicht nur den Staat Israel, sondern Israel explizit als jüdischen Staat anzuerkennen. Dies fand sich erstmals auch im CDU-Grundsatzprogramm von 2007 wieder (CDU 2007). Was dies allerdings konkret für den Status der nicht-jüdischen Minderheit im Land bedeuten sollte, wurde nicht ausbuchstabiert.

Die von Merkel angestrebte weitere Vertiefung der Beziehungen mit Israel ging oftmals auch damit einher, dass sie israelische Positionen übernahm, ohne diese mit den deutschen Interessen oder ihrer Bedeutung für den Friedensprozess abzugleichen und ohne sich zuvor mit ihren europäischen Kollegen abzusprechen. Der Friedensprozess rückte hingegen in den Hintergrund. So hatte es nicht nur Symbolcharakter, dass Merkel eine ihrer ersten Auslandsreisen als Kanzlerin nach Israel machte. Sie übernahm bei diesem Besuch Ende Januar 2006 auch nahezu wortgleich die israelische Regierungslinie gegenüber der Hamas, die nur wenige Tage zuvor die palästinensischen Parlamentswahlen gewonnen hatte. Während des Gazakrieges 2008/2009 positionierte sie sich klar auf der Seite Israels und wies Hamas die alleinige Verantwortung für die Gewalteskalation zu.

Die israelische Politik dankte Merkel ihre Verbundenheit mit großem Wohlwollen. So konnte sie im März 2008 – als erste Regierungschefin überhaupt – eine Rede in der Knesset halten (Neukirch 2008); auch sie sprach, wie vor ihr schon Johannes Rau, auf deutsch. Darin betonte sie insbesondere:

Nur wenn sich Deutschland zu seiner immerwährenden Verantwortung für die moralische Katastrophe in der deutschen Geschichte bekennt, können wir die Zukunft menschlich gestalten. Oder anders gesagt: Menschlichkeit erwächst aus der Verantwortung für die Vergangenheit. [...] [D]as Bewusstsein für die historische Verantwortung und das Eintreten für unsere gemeinsamen Werte – das bildet das Fundament der deutsch-israelischen Beziehungen von ihren Anfängen bis heute. [...] Deutschland tritt entschieden für die Vision von zwei Staaten in sicheren Grenzen und in Frieden ein, für das jüdische Volk in Israel und das palästinensische in Palästina (Merkel 2008).

3.2 *Bilaterale Beziehungen zu Israel*

Kanzlerin Merkel baute insbesondere gute persönliche Beziehungen zum israelischen Premierminister Ehud Olmert auf. So verwundert es nicht, dass die beiden regelmäßig miteinander telefonierten. Sie hoben auch die Beziehungen zwischen

beiden Ländern auf eine neue Stufe, indem sie 2008 – zum 60. Jubiläum der Staatsgründung Israels – vereinbarten, fortan in regelmäßigen Abständen gemeinsame Regierungskonsultationen abzuhalten, an der jeweils ein substantieller Teil des Kabinetts teilnehmen sollte. Diese fanden im März 2008 zum ersten Mal in Israel statt, dann erst wieder im Januar 2010 in Deutschland. Neben der Symbolkraft der Betonung herausgehobener und enger Beziehungen wurden bei den Treffen durchaus auch konkrete Absprachen getroffen. Unter anderem wurde vereinbart, die militärpolitische Zusammenarbeit und die gemeinsame Diplomatenausbildung auszubauen, die Kooperation in den Geistes- und Kulturwissenschaften und bei der zivilen Sicherheitsforschung zu vertiefen, Zentren für Deutschlandstudien an der Hebräischen Universität und der Universität von Haifa einzurichten und künftig im Bereich der Wasserbewirtschaftung in Drittländern, konkret in Afrika, zusammenzuarbeiten (Bundesregierung 2008).

Dabei stand diese weitere Vertiefung der Beziehungen – zumindest beim zweiten Treffen – in einem deutlichen Spannungsverhältnis zur gemeinsamen Politik der EU gegenüber Israel. Denn die EU setzte, nach dem Krieg im Gaza-Streifen zur Jahreswende 2008/2009 und aufgrund der zunächst unklaren Haltung der Netanjahu-Regierung in Bezug auf eine Zwei-Staaten-Regelung, ihre im Dezember 2008 prinzipiell vereinbarte Vertiefung der Beziehungen mit Israel im Rahmen der ENP bis auf Weiteres aus (Ferrero-Waldner 2009). Diese europäische Haltung trug die Bundesregierung mit. Überhaupt fungierte sie im EU-Konzert schon spätestens seit der Erweiterungsrunde 2004 nicht mehr durchgehend als Sachwalter israelischer Interessen, sondern nahm immer stärker eine mittlere Position zwischen den eher pro-israelischen und den eher pro-palästinensischen bzw. pro-arabischen EU-Staaten ein. Dies war zum Beispiel – zu Beginn der schwarz-gelben Regierungsphase – im Vorfeld der EU-Ratschlussfolgerungen vom 8. Dezember 2009 der Fall. Hier gelang es Deutschland, zwischen beiden Staatengruppen zu vermitteln und eine Einigung herbeizuführen, die auch deutlich mehr als ein Minimalkompromiss war (Rat der Europäischen Union 2009).

Zugleich bemühte sich die Kanzlerin, eine gewisse Ausgewogenheit an den Tag zu legen. So pflegte sie insbesondere enge Beziehungen mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak, dem libanesischen Premierminister Fuad Siniora und dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas. In Parallelität zu den deutsch-israelischen Regierungskonsultationen wurde, wenn auch erst unter der schwarz-gelben Koalition, 2010 ein sogenannter deutsch-palästinensischer Lenkungsausschuss eingerichtet. Trotz ihrer generellen Unterstützung Israels kritisierte Merkel, insbesondere nachdem die US-Administration von Barack Obama hier die Linie vorgegeben hatte, auch wiederholt den Siedlungsbau in den paläs-

tinensischen Gebieten und benannte dessen Stopp als zentrale Voraussetzung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen – etwa beim Besuch ihres israelischen Amtskollegen Benjamin Netanjahu im August 2009 (Kröter 2009).

Überhaupt kühlten die persönlichen Beziehungen zur israelischen Regierung nach dem Amtsantritt der rechtsgerichteten Netanjahu-Regierung im März 2009 ab. Sowohl Merkel als auch Steinmeier gingen zunächst deutlich auf Distanz. So wurden zum Beispiel die ursprünglich für 2009 vorgesehenen zweiten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen verschoben. Beim ersten Besuch des neuen israelischen Außenministers Avigdor Lieberman in Berlin im Mai 2009 beschränkte sich Steinmeier auf das protokollarische Minimalprogramm (Nüsse 2009; Der Spiegel 2009).

Die deutsch-israelische militärpolitische Kooperation, unter anderem in Form des jährlichen strategischen Dialogs der Verteidigungsministerien, wurde auch unter der Großen Koalition fortgesetzt. Auch die Rüstungs Kooperation dauerte an. Die Baugenehmigung für das sechste *Dolphin*-U-Boot erteilte die Bundesregierung im Mai 2006. Zwar hatte die Bundesregierung den Kauf von fünf U-Booten bis dato mit etwa 900 Millionen Euro bezuschusst (Nassauer 2009), die Finanzierung für das sechste Boot wurde während der Großen Koalition aber nicht abschließend geklärt. Während der zweiten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen 2010 machte der israelische Premierminister Netanjahu deutlich, dass er auch bei diesem Geschäft eine finanzielle Beteiligung der Bundesregierung erwarte (Nassauer 2010b). Auch auf nachrichtendienstlicher Ebene findet eine fortgesetzte enge Kooperation zwischen Deutschland und Israel statt. Zum Beispiel einigten sich Anfang 2006 das deutsche und das israelische Innenministerium auf den Austausch von Informationen zur Terrorismusbekämpfung (Jerusalem Post 2006).

Der positive Trend in den deutsch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen setzte sich auch während der Großen Koalition fort. Im Jahr 2006 war das Außenhandelsvolumen zwischen beiden Staaten erstmals höher als fünf Milliarden US-Dollar. Der diesbezügliche Höhepunkt wurde 2008 mit 5,89 Milliarden US-Dollar erreicht. Der 2009 folgende Rückgang des Außenhandelsvolumens auf 4,81 Milliarden US-Dollar kann auf die negative globale Wirtschaftsentwicklung zurückgeführt werden. Gleichzeitig blieb der deutliche Außenhandelsüberschuss zugunsten Deutschlands erhalten. 2009 lag Israel auf Rang 47 bei den nach Deutschland exportierenden Handelspartnern; Deutschland wiederum rutschte hinter China auf Platz drei der bilateralen Handelspartner Israels ab (BMW 2010b; Deutsche Botschaft Tel Aviv 2010; Statistisches Bundesamt 2010).

3.3 *Das Engagement im Nahostfriedensprozess*

Auch unter der schwarz-roten Koalition engagierte sich Deutschland weiterhin für den Nahostfriedensprozess bzw. zunächst vor allem beim Krisenmanagement. So sagte die Kanzlerin dem libanesischen Premierminister Fuad Siniora nach dem Libanonkrieg im Juli/August 2006 tatkräftige deutsche Unterstützung beim Wiederaufbau und bei der Umsetzung der Waffenstillstandsresolution (Sicherheitsratsresolution 1701) zu. Dabei war es in der politischen Klasse Deutschlands unumstritten, dass die Bundesrepublik humanitäre Hilfe leisten und sich nach dem Krieg beim Wiederaufbau des Libanon engagieren und dazu beitragen würde, dass der Libanon seine Grenzen effektiver würde sichern können. Im Gegensatz dazu gab es eine kontroverse Debatte über eine mögliche Beteiligung der Bundeswehr an der aufgestockten *United Nations Interim Force in Lebanon* (UNIFIL). Diese Debatte drehte sich in allererster Linie nicht um die Sinnhaftigkeit eines deutschen Einsatzes, sondern um die Frage, wie die historische Verantwortung im aktuellen Fall zu interpretieren und in konkrete Maßnahmen umzusetzen sei.

Wie schwierig das war, wurde etwa in zwei Bundestagsdebatten im September 2006 deutlich, in denen letztlich drei widersprüchliche Folgerungen in Bezug auf eine deutsche Beteiligung aus der Geschichte abgeleitet wurden: *Ers-**tens* müsse Deutschland, um seiner historischen Verantwortung gerecht zu werden, Truppen entsenden, um auch mit deutschen Soldaten Israel zu schützen. So leitete unter anderem die Bundesregierung aus der historischen Verantwortung das Gebot eines aktiven Eintretens für das Verhindern einer erneuten Eskalation in Nahost ab. Die Sicherung der Existenz Israels wurde zur „Grundkonstante der deutschen Außenpolitik“ erhoben (Bundesregierung 2006); das Existenzrecht Israels gehöre „zur deutschen Staatsräson“, so die Kanzlerin (Welt am Sonntag 2006). Insbesondere Mitglieder der Opposition vertraten hingegen *zweitens*, Deutschland könne sich nicht an einer VN-Truppe beteiligen, da es nicht ausreichend unparteiisch sei. Viele schlossen sich wiederum der Meinung an, dass Deutschland *drittens* keine Soldaten entsenden solle, da es auf jeden Fall zu vermeiden sei, dass deutsche Soldaten in eine Situation gerieten, in der sie israelischen Soldaten im Gefecht gegenüberstünden (Vgl. die Diskussionen in der 49. und 50. Sitzung des Deutschen Bundestages, in: Deutscher Bundestag 2006).

Mit der Entsendung von Marinesoldaten zur seeseitigen Unterstützung des Waffenembargos gegen Hisbollah wurde letztlich eine Kompromissformel gefunden. Diese erlaubte es Deutschland, einerseits Flagge zu zeigen und sich bei der Stabilisierung des Nahen Ostens zu engagieren; sowie andererseits kein (all-

zu großes) Risiko einzugehen, mit israelischen Soldaten in einen Schusswechsel zu geraten. Von besonderer Bedeutung war dabei für die Bundesregierung, dass sowohl die israelische als auch die libanesische Regierung Deutschland ausdrücklich um Beteiligung gebeten hatten. Damit wurde ein Tabu gebrochen: Erstmals wurden deutsche Soldaten in die unmittelbare Nachbarschaft Israels entsandt. Dies erschien unter Kanzler Schröder noch undenkbar. In seiner Regierungserklärung zum Nahen Osten hatte Schröder 2002 erklärt:

Im Nahen Osten – das ist klar – steht die Frage einer deutschen Beteiligung an einer internationalen Sicherheitskomponente heute nicht auf der Tagesordnung (Schröder 2002).

Während das Engagement im Rahmen von UNIFIL zweifellos dazu beigetragen hat, die israelische Seeblockade des Libanon rasch zu beenden, den Waffenstillstand zu wahren und die Region zu stabilisieren, wurde der Konflikt eher eingefroren als geregelt. Keine der Streitfragen, die für den Ausbruch des Krieges im Sommer 2006 ursächlich waren, konnte gelöst werden – mit Ausnahme eines Austauschs von Gefangenen und Leichen zwischen Israel und der Hisbollah, der durch den BND-Beamten Gerhard Conrad im Auftrag der Vereinten Nationen im Juli 2008 vermittelt wurde. Zuvor hatte der BND bereits 2004 einen größeren Häftlingsaustausch zwischen Israel und der Hisbollah ausgehandelt (N-TV.de 2008). Einmal mehr brachte sich Deutschland konstruktiv, wenn auch zunächst erfolglos, ein, als der BND die von Ägypten vermittelten Gespräche zwischen Israel und der Hamas über eine Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Shalit unterstützte, der im Juni 2006 entführt worden war.

Im Bemühen, die Beziehungen mit den USA nach dem Zerwürfnis über den Irakkrieg zu kitten, betonte Kanzlerin Merkel besonders stark die amerikanische Führungsrolle sowie die deutsche Bereitschaft zur Unterstützung amerikanischer Politikansätze im Nahen Osten. Gemeinsam mit den europäischen Partnern versuchte die deutsche Regierung nach dem Libanonkrieg die Bush-Administration, die den Nahostfriedensprozess bis dato als nachrangig betrachtete, einmal mehr davon zu überzeugen, sich wieder zu engagieren, um die Konfliktparteien an einen Tisch zu bekommen. Dies geschah letztlich mit den Verhandlungen, die der amerikanische Präsident im November 2007 in Annapolis initiierte. Dafür hatte Deutschland während seiner EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 konkrete Vorarbeit geleistet. Die Bundesregierung hatte sich nicht nur um eine gemeinsame EU-Haltung (z.B. hinsichtlich der Einbeziehung Syriens in den geplanten Neustart des Friedensprozesses) bemüht, sondern auch um eine enge Abstimmung mit arabischen Staaten. Ziel war hierbei, die arabische Friedensini-

tiative von 2002 aufzuwerten und die arabischen Staaten für einen erneuten Anlauf im Friedensprozess zu gewinnen. Zweifellos leistete der Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2007 einen bedeutenden Beitrag dazu, dass der israelisch-palästinensische Friedensprozess diplomatisch wieder in Schwung kam (Asseburg 2007). Über das Treffen in Annapolis hinaus gelang es aber Deutschland und der EU nicht, die USA zu einer fortgesetzten aktiven Vermittlung zu bewegen. Und infolge der Regierungskrise in Israel im Herbst 2008 konnten auch die Verhandlungen zwischen Premierminister Olmert und Präsident Abbas nicht weitergeführt werden.

Insgesamt überließen Deutschland und die EU, nach dem Scheitern der *Roadmap*-Bemühungen und dem israelischen Abzug aus dem Gaza-Streifen im August/September 2005, die Definition der politischen Leitlinien der Nahostpolitik fast vollständig den USA. Damit machten sie sich auch die von Israel und den USA vorgegebene Politik zu eigen, wie die Isolation der Hamas und die Blockade des Gaza-Streifens, statt alternative Ansätze zu entwickeln oder, wie in der Frage der Einbindung Syriens, aktiv voranzutreiben. Letzteres lag nicht zuletzt daran, dass die Europäer selbst (und innerhalb Deutschlands Auswärtiges Amt und Kanzleramt) uneins waren, wie mit Syrien umzugehen sei (Asseburg 2007).

Nach der Machtübernahme der Hamas im Gaza-Streifen im Juni 2007 unterstützte Deutschland auch den sogenannten *West Bank first*-Ansatz, der darauf abzielte, die palästinensische Bevölkerung davon zu überzeugen, dass der verhandlungsbereite Präsident Mahmud Abbas und die von ihm eingesetzte Regierung von Salam Fayyad im Vergleich zur Hamas die bessere Wahl wären. Dazu unterstützte der Westen den palästinensischen Präsidenten und die Regierung in der West Bank diplomatisch, finanziell und sicherheitspolitisch, während die Hamas-Regierung diplomatisch isoliert und das israelische Embargo gegen den Gaza-Streifen zumindest implizit mitgetragen wurde. Deutsche und europäische Politik richteten dabei ihre Bemühungen darauf, durch finanzielle Hilfen die drastischen sozialen Auswirkungen der Isolation der Hamas und der israelischen Blockade des Gaza-Streifens abzumildern; durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Investitionsförderung und die Etablierung von Industrieparks die palästinensische Wirtschaft in der West Bank anzukurbeln; sowie die zivile palästinensische Polizei auszurüsten, umzustrukturieren und zu trainieren, um für mehr Sicherheit in den palästinensischen Gebieten zu sorgen. In diesem Sinne unterstützte die Bundesregierung nicht nur die EU-Polizeimission in den palästinensischen Gebieten (EU POL COPPS), sondern organisierte im Juni 2008 auch eine Konferenz in Berlin, um die Mission effektiver und bedarfsorientierter auszurich-

ten und zu eruieren, wie sie sinnvoll auf den Justizbereich ausgeweitet werden könnte (Müller 2008).

Allerdings trug der *West Bank first*-Ansatz dazu bei, dass sich im Gaza-Streifen die humanitäre Lage zusehends verschlechterte. Er konterkarierte auch die europäische Zielsetzung, den Aufbau demokratischer und effizienter palästinensischer Regierungsinstitutionen zu unterstützen, da er die innerpalästinensische Spaltung vertiefte und damit letztlich dazu beitrug, dass in West Bank und Gaza-Streifen zwei parallele, zunehmend autoritäre Systeme entstanden. Die Maßnahmen erforderten zudem ein immer größeres finanzielles Engagement, ohne zu einem nachhaltigen wirtschaftlichen Aufwärtstrend oder zur Formierung eines legitimen, demokratisch kontrollierten Sicherheitsapparats beitragen zu können. Auch konnten sie nicht die angestrebte positive Rückwirkung auf den Verhandlungsprozess entfalten, den sich die Europäer erhofft hatten (Asseburg 2009b).

Die politische Isolation des Gaza-Streifens rächte sich. Zur Jahreswende 2008/2009 eskalierte die Gewalt erneut als Israel versuchte, die Hamas durch eine massive Militäroperation zu schwächen. Die Kanzlerin stellte sich klar auf die Seite Israels und wurde infolge ihrer einseitigen Parteinahme von der Opposition kritisiert. Sie überließ dann Frank-Walter Steinmeier das Feld, als es darum ging, die Gewalt zu beenden. In einer gemeinsamen Erklärung riefen Steinmeier und sein französischer Amtskollege Bernard Kouchner am 14. Januar 2009 zu einer sofortigen humanitären Waffenruhe und zur Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung auf. Während eines anschließenden Besuchs in Israel bekräftigte Steinmeier diese Forderung, zeigte zugleich aber auch Verständnis für israelische Sicherheitsinteressen (Auswärtiges Amt 2009a, 2009b).

4 Fazit und Ausblick auf die schwarz-gelbe Koalition

Im Großen und Ganzen war die deutsche Politik gegenüber Israel sowie das deutsche Engagement im Friedensprozess während der rot-grünen und der schwarz-roten Regierungskoalitionen von Kontinuität gekennzeichnet. Insbesondere trieben beide Koalitionen die Vertiefung der Beziehungen mit Israel weiter voran. Auch unterstützten beide durchweg den Nahostfriedensprozess sowie den Aufbau prästaatlicher palästinensischer Institutionen. Als Konstante lässt sich allerdings festhalten, dass die Stärkung der bilateralen Beziehungen mit Israel Priorität gegenüber einem konsequenten Eintreten für den Friedensprozess hatte. Zwar kritisierten Vertreter beider Koalitionen Israels Politik – etwa die Sied-

lungspolitik in den besetzten Gebieten –, sie vertraten aber im Wesentlichen den Ansatz, dass zu scharfe Kritik an Israel kontraproduktiv sei. Dies führte auch dazu, dass Unterstützung für Israel Vorrang hatte gegenüber dem konsequenten Eintreten für universelle Werte – wie die Geltung internationalen Rechts und die Wahrung der Menschenrechte – und dass Deutschland ein konsequentes *Follow-up* zu deklarierten EU-Positionen zumindest nicht beförderte, etwa in Bezug auf den Import von Siedlungsprodukten. Kontinuität gab es auch insofern, als beide Koalitionen diejenigen in der PLO bzw. in der Palästinensischen Autonomiebehörde unterstützten, die am Friedensprozess festhielten, unabhängig davon, wie wenig Substanz dieser hatte. Demgegenüber trat die Etablierung eines demokratischen palästinensischen Regierungssystems klar in den Hintergrund, obwohl es offiziell als Ziel deutscher und europäischer Politik galt und gilt.

Doch es gab durchaus auch Unterschiede zwischen den beiden Koalitionen. Deutsche Politik gegenüber Israel und deutsches Engagement im Nahostfriedensprozess wurden erheblich durch das Führungspersonal und dessen jeweilige persönliche Sozialisation geprägt. So war die Zuständigkeit im Kabinett für Israel und den Nahostfriedensprozess während der beiden Koalitionen unterschiedlich geregelt: Während der rot-grünen Koalition wurde das Dossier von Außenminister Joschka Fischer betrieben; Bundeskanzler Gerhard Schröder konzentrierte sich eher auf die Beziehungen zu anderen Staaten. In der schwarz-roten Koalition machte Angela Merkel die Beziehungen zu Israel dann zur Chefsache, während Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Hintergrund blieb. Auch unterschieden sich die Intensität und Schwerpunktsetzung des Engagements: Während Außenminister Fischer sich (zumindest bis Mitte 2003) aktiv für eine Konfliktregelung einsetzte, folgte Kanzlerin Merkel eher der amerikanischen Linie. Politikunterschiede waren aber nicht nur in den unterschiedlichen Persönlichkeiten begründet, sie waren auch die Folge von Entwicklungen vor Ort, insbesondere des Scheiterns des Friedensprozesses und wiederholter gewalttätiger Konflikt austragung. So führte der Libanonkrieg 2006 letztlich dazu, dass ein Tabu gebrochen und deutsche Soldaten – auf ausdrücklichen Wunsch auch der israelischen Regierung – entsandt wurden, um das Waffenembargo gegen die Hisbollah durchzusetzen.

Während das Gros der politischen Klasse in Deutschland aus der historischen Verantwortung ableitet, Israels Sicherheit und Interessen Priorität einzuräumen, wird dies immer weniger von der Bevölkerung mitgetragen. Umfragen zeigen deutlich, dass die Mehrheit der Deutschen die Regierungspolitik als proisraelisch ansieht (ADL Survey 2007). Zugleich ist in der deutschen Bevölkerung – neben einem relativ konstanten Anteil von rund 15-20%, der antisemitische

Positionen vertritt – der Anteil derjenigen, die eine israelkritische Haltung vertreten, in den letzten Jahren deutlich gestiegen (Heitmeyer 2005-2010). Die Akzeptanz für israelische Sicherheitsinteressen und -konzepte sinkt insbesondere dann, wenn die israelische Armee militärische Gewalt einsetzt (Reinicke 2001: 61). So sahen in einer Umfrage im April 2002 73% der Befragten Israels Operation *Defensive Shield* als nicht gerechtfertigt an (zit. in Wolffsohn/Brechenmacher 2007). Für einen Stopp europäischer Waffenexporte nach Israel, zumindest bis sich die Lage im Nahen Osten entspannt habe, sprachen sich im April 2002 rund 85% der befragten Deutschen aus (zit. in Wolffsohn/Brechenmacher 2007). Im Sommer 2006 bezeichneten etwa 75% der Befragten die israelische Militäroffensive im Libanon als unangemessen (Der Standard 2006). Aus verschiedenen Meinungsumfragen der Jahre 2007/2008 geht hervor, dass rund die Hälfte der Befragten nicht der Meinung sind, dass Deutschland (heute noch) eine besondere Verantwortung gegenüber Israel trage (Bertelsmann Stiftung 2007; ZDF Pressestelle 2008; Emmerich/Rost 2008). Eine Umfrage während des Gazakrieges zu Beginn des Jahres 2009 stellte gar fest, dass nur 35% der Befragten eine besondere deutsche Verantwortung für Israel sehen, 60% eine solche ablehnen – dabei ist die Ablehnung bei jüngeren Menschen mit 70%, bei Ostdeutschen mit 68% und bei Wählern der Linken mit 72% besonders ausgeprägt (Stern 2009).

Doch nicht nur in der öffentlichen Meinung, auch bei der Bundesregierung hat das Unbehagen angesichts der israelischen Regierungspolitik zugenommen. So hat die schwarz-gelbe Koalition zwar an der deklaratorischen Unterstützung Israels festgehalten; zum ersten Mal wurde sogar die Formulierung von Israel als jüdischem Staat in den Koalitionsvertrag aufgenommen (CDU/CSU/FDP 2009). Deutschland stand auch in der Ablehnung des sogenannten *Goldstone Report* an Israels Seite. Dieser bezichtigte sowohl Israel als auch die Hamas, während des Gazakrieges Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben und forderte eine unabhängige Untersuchung. Dennoch wuchs auch in der deutschen Regierung der Unmut über den wiederholten, als unverhältnismäßig gesehenen Einsatz von Gewalt seitens Israel, über die Nutzung von europäischen Pässen (darunter eines deutschen Passes) bei der Ermordung des Hamas-Mitglieds Mahmud Mabhu in Dubai im Januar 2010, über die rassistischen Äußerungen von Mitgliedern der Regierung Netanjahu (insbesondere des Außenministers Avigdor Lieberman) sowie über die als mangelhaft empfundene Kooperation der israelischen Regierung hinsichtlich der Friedensbemühungen der Obama-Administration.

Dementsprechend trug auch die Regierung Merkel zunehmend eine israelkritischere Politik der EU mit, wie das Aussetzen der Vertiefung der Beziehungen

mit Israel und die deutlichen EU-Ratsschlussfolgerungen vom Dezember 2009. Zudem übte die Kanzlerin im März 2010 ungewöhnlich deutliche Kritik an der israelischen Siedlungspolitik (Bundesregierung 2010a). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Veränderung in der Bewertung israelischer Militäroperationen. Während des Libanonkriegs 2006 und des Gazakriegs 2008/2009 betonte die Kanzlerin vor allem, dass Israel das Recht habe, seine Bevölkerung zu schützen und sein Staatsgebiet zu verteidigen und dass bei der Beurteilung der Situation im Nahen Osten Ursache und Wirkung nicht vertauscht werden dürften – den Auslöser der Kriege sah sie jeweils in Angriffen auf Israel (Weiland 2008). So stellten Merkel und der israelische Ministerpräsident Olmert in einem Telefonat unmittelbar nach dem Beginn des Gazakrieges übereinstimmend fest, dass die Verantwortung für die Entwicklung in der Region „eindeutig und ausschließlich“ auf Seiten der Hamas liege (Bundesregierung 2009). Zwar mahnte Merkel gleichzeitig an, dass die israelische Regierung alles dafür tun müsse, um zivile Opfer zu vermeiden. Ihre Stellungnahmen fielen aber – auch im Vergleich zu denen ihrer Amtskollegen in London und Paris – äußerst undifferenziert und parteiisch aus und waren wenig geeignet, den Gewalteinsatz, der in beiden Fällen tatsächlich in der großen Überzahl zivile Opfer forderte, rasch zu beenden.

Bei der israelischen Militäroperation gegen die Gaza-Solidaritätsflotille im östlichen Mittelmeer Ende Mai 2010 hingegen war die Bewertung des israelischen Vorgehens durch die Bundesregierung deutlich kritischer. Schon am Tag des Angriffs sagte die Kanzlerin:

Die Bundesregierung ist bestürzt über die militärische Aktion und bedauert zutiefst den Verlust von Menschenleben.

Im Vordergrund müsse jetzt die umfassende Aufklärung der Umstände stehen, die zu dieser Eskalation von Gewalt und damit zu den tragischen Ereignissen geführt hätten. Der Regierungssprecher wies auf das Prinzip der Verhältnismäßigkeit im internationalen Recht hin:

Der erste Anschein spricht nicht dafür, dass dieser Grundsatz eingehalten worden sei. Aber nach dem ersten Anschein soll man nicht abschließend urteilen (Bundesregierung 2010b).

Aus dieser Kritik einen tiefergehenden Politikwandel abzuleiten wäre indes, zumindest bislang, verfrüht.



Literatur

- ADL Survey (2007): Attitudes Toward Jews and the Middle East in Five European Countries, http://www.adl.org/anti_semitism/European_Attitudes_Survey_May_2007.pdf (Zugriff 15.7.2010).
- Asseburg, Muriel (2009a): „Euro-Mediterranean Cooperation and Protracted Conflicts in the Region: The Israeli-Palestinian Predicament“, in: Muriel Asseburg/Paul Salem (Hg.): No Euro-Mediterranean Community without Peace, Paris/Brüssel: EU Institute for Security Studies/European Institute for the Mediterranean, 13-27.
- Asseburg, Muriel (2009b): „Der israelisch-arabische Konflikt“, in: Guido Steinberg (Hg.): Deutsche Nah-, Mittelost- und Nordafrikapolitik (SWP-Studie 15), Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 24-32.
- Asseburg, Muriel (2007): „Die Ratspräsidentschaft und der Nahostfriedensprozess: Begrenzter Handlungsspielraum, Vorrang der Diplomatie“, in: Daniela Kietz/Volker Perthes (Hg.): Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft: Eine Funktionsanalyse des deutschen Vorsitzes im ersten Halbjahr 2007 (SWP-Studie 24), Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 87-92.
- Asseburg, Muriel (2005): German-Israeli Relations: Achievements and Challenges for the Future (Working Paper FG 6, 2005/03), Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Asseburg, Muriel (2003): Die EU und Friedensprozeß im Nahen Osten (SWP-Studie 28), Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Auswärtiges Amt (2009a): Gemeinsame Erklärung des Bundesaußenministers Frank-Walter Steinmeier und des französischen Außenministers Bernard Kouchner zur Lage in Gaza, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Meldungen/2009/090115-BM-FRA-Gaza.html> (Zugriff 15.7.2010).
- Auswärtiges Amt (2009b): Hoffnung auf baldiges Schweigen der Waffen, http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/AAmt/BM-Reisen/2009/090115-nahostreise1,_page=4.html (Zugriff 15.7.2010).
- Auswärtiges Amt (2008): Stiftung "Deutsch-Israelisches Zukunftsforum" nimmt Arbeit auf, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Meldungen/2008/081102-Deu-Isr-Zukunftsforum.html> (Zugriff 15.7.2010).
- Bertelsmann Stiftung (2007): Deutsche und Juden – Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart? Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zum Deutschland-Bild unter Juden in Israel und den USA und zum Israel-Bild in Deutschland, http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_20241_20275_2.pdf (Zugriff 15.7.2010).
- Bündnis 90/Die Grünen (2002): Die Zukunft ist Grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, 15.-17.3.2002, Berlin.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (2008): Deutschland-Israel: Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie, Bildung und Forschung, http://www.bmbf.de/pot/download.php/M%3A1552+Zusammenarbeit+in+Wissenschaft%2C+Technik+und+Bildung/~pub/zusammenarbeit_wtb_deutschland-israel.pdf (Zugriff 15.7.2010).
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) (2010a): Rüstungsexportberichte 1999-2008, <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Aussenwirtschaft/aussenwirtschaftsrecht,did=193598.html> (Zugriff 15.7.2010).

- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) (2010b): Wirtschaftliche Beziehungen – Israel, <http://bmwi.de/BMWi/Navigation/Aussenwirtschaft/Bilaterale-Wirtschaftsbeziehungen/laenderinformationen,did=277816.htm> (Zugriff 15.7.2010).
- Bundesregierung (2010a): Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Präsidenten des Ministerrates der Libanesischen Republik, Saad Rafik Hariri, <http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2010/03/2010-03-15-statement-merkel-hariri.html> (Zugriff 15.7.2010).
- Bundesregierung (2010b): Bestürzung über israelischen Marineeinsatz gegen Gaza-Hilfskonvoi, http://www.bundesregierung.de/nn_1272/Content/DE/Artikel/2010/05/2010-05-31-marineeinsatz-gaza.html (Zugriff 15.7.2010).
- Bundesregierung (2009): Bundesregierung setzt sich für Waffenruhe ein, 02.01.2009, http://www.bundeskanzlerin.de/nn_700276/Content/DE/Archiv16/Artikel/2008/12/2008-12-29-merkel-nah-ost.html (Zugriff 15.7.2010).
- Bundesregierung (2008): Bilaterale Vereinbarungen der ersten deutsch-israelische Regierungskonsultationen, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/NaherUndMittlererOsten/Downloads/080317-d-isr-konsultationen-erklaerung.pdf> (Zugriff 15.7.2010).
- Bundesregierung (2006): Regierungspressekonferenz am 14.8.2006, http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Archiv16/Pressekonferenzen/2006/08/2006-08-14-regpk-mitschrift.html (Zugriff 15.7.2010).
- CDU (2007): Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Grundsatzprogramm, 3./4. 12.2007, Hannover.
- CDU/CSU/FDP (2009): Wachstum, Bildung, Zusammenhalt. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, Berlin.
- CDU/CSU/SPD (2005): Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD, 11.11.2005, Berlin.
- ConAct (2007): Deutsch-Israelischer Jugendaustausch in Geschichte und Gegenwart, http://web.conact-org.de/downloads/Kurzinformationen_Jugendaustausch_2007.pdf (Zugriff 15.7. 2010).
- CSU (2007): Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm, 28.9.2007, München.
- Der Spiegel (2009): „Diplomatische Kritik“, 6.4.2009.
- Der Standard (2006): „Deutsche halten Offensive für unangemessen“, 20.7.2006.
- Deupmann, Ulrich (1995): „Spranger löst einen kniffligen Knoten“, Süddeutsche Zeitung, 25.8.1995.
- Deutsche Botschaft Tel Aviv (2010): Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen Deutschland – Israel. http://www.tel-aviv.diplo.de/Vertretung/telaviv/de/05_20_20Wirtschaft/Bilaterale_Beziehungen/Bil_bez_d_isr.html (Zugriff 15.7.2010).
- Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode (2006): Stenografischer Bericht der 49. Sitzung, 19.9.2006 und der 50. Sitzung, 20.9.2006, Berlin.
- Emmerich, Marlies/Rost, Susanne (2008): „Umfrage: Israel ist ein normaler Staat“, Berliner Zeitung, 13.5.2008.
- Ferrero-Waldner, Benita (2009): „The Offer on the Table“, Haaretz, 17.4.2009.
- Fischer, Joschka (2002): „Idea Paper for Middle East Peace. Präsentiert auf dem EU Außenministertreffen in Luxembourg, 15.4.2002“, in: Volker Perthes (Hg.): Germany and the Middle East, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, 220-221.

- FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) (2008): „Deutschland und Israel arbeiten bei den Geisteswissenschaften eng zusammen“, 12.9.2008.
- FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) (2002): „Europäer: Vorrang für Diplomatie Unterschiedliche Optionen“, 2.9.2002.
- Haus der Geschichte (2010): Biografie: Joschka Fischer, <http://www.hdg.de/lemo/html/biografien/FischerJoschka/index.html> (Zugriff 15.7.2010).
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2005-2010): Deutsche Zustände, Folgen 3-8, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- IWF (Internationaler Währungsfonds) (2010): Direction of Trade Statistics, <http://www2.imfstatistics.org/DOT/> (Zugriff 15.7.2010).
- Jersusalem Post (2006): „Ezra: Israel to share intelligence with four European countries“, 16.2.2006.
- Jerusalem Post (2001): „German delegation here to bolster scientific ties“, 30.4.2001.
- Knaut, Susanne (2005): „Fischer schließt sein Nahost-Kapitel“, *die tageszeitung*, 15.7.2005.
- Kröter, Thomas (2009): „Erfolge brauchen länger“, *Frankfurter Rundschau*, 27.8.2009.
- Merkel, Angela (2008): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Knesset, 18.3.2008, http://www.bundestkanzlerin.de/nn_700276/Content/DE/Archiv16/Rede/2008/03/2008-03-18-rede-merkel-vor-der-knesset.html (Zugriff 15.7.2010).
- Müller, Patrick (2008): Palästina-Konferenz in Berlin (SWP-Aktuell 51), Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Nassauer, Otfried (2010a): Besondere Beziehungen – Die deutsch-israelische Rüstungskooperation, Berlin: Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, <http://www.bits.de/public/bes-beziehungen.htm> (Zugriff 15.7.2010).
- Nassauer, Otfried (2010b): Israel will Geld für deutsche Kriegsschiffe: U-Boote und Raketenkorvette auf der Wunschliste. Berlin: Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, <http://www.bits.de/public/articles/tagesspiegel/20100117.htm> (Zugriff 15.7.2010).
- Nassauer, Otfried (2009): Raketenabwehrschiffe für Israel, Berlin: Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, http://www.bits.de/public/unv_a/orginal-101009.htm (Zugriff 15.7.2010).
- Nassauer, Otfried/Steinmetz, Christopher (2003): Rüstungskooperation zwischen Deutschland und Israel (Research Report 2003, 1), Berlin: Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit.
- NZZ (Neue Zürcher Zeitung) (2002): „Kurswechsel in der deutschen Israel-Politik?“, 11.4.2002.
- NZZ (Neue Zürcher Zeitung) (2000): „Aufnahme von SLA-Söldnern in Deutschland“, 24.8.2000.
- Neukirch, Ralf (2008): „Nadelstiche von der Chefin“, *Der Spiegel*, 22.3.2008, 22.
- N-TV.de (2008): „Israel stimmt Hisbollah-Deal zu“, 15.7.2008.
- Nüsse, Andrea (2009): „Minimalprogramm für Lieberman“, *ZeitOnline*, 5.8.2009.
- Probst, Robert (2009): „Adenauers symbolische Wiedergutmachung“, *Süddeutsche Zeitung*, 23.4.2009.
- Rat der Europäischen Union (2009): Council Conclusions on the Middle East Peace Process, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/foraff/111829.pdf (Zugriff 15.7.2010).
- Rat der Europäischen Union (1999): Schlussfolgerungen des Vorsitzes. 24. und 25. März 1999, http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/berlin_de.pdf (Zugriff 15.0.2010).
- Rat der Europäischen Union (1994): Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Tagung am 9.-10. Dezember 1994 in Essen, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/SN300-X.DE.htm (Zugriff 15.7.2010).

- Reinicke, Andreas (2001): „Die deutsch-israelischen Beziehungen“, in: Volker Perthes (Hg.): Deutsche Nahostpolitik: Interessen und Optionen, Schwalbach: Wochenschau-Verlag, 58-70.
- Schmidt, Walter (2005): „Forscher als Wegbereiter“, „Deutschland“-Sonderheft Israel: 40 Jahre diplomatische Beziehungen Deutschland-Israel, 18-20.
- Schröder, Gerhard (2002): Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder zur Lage im Nahen Osten vom 25.4.2002, <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/regierungserklaerung/77/77677/multi.htm> (Zugriff 15.7.2010).
- Schubert, Hannah (2004): Kontinuität und Umbruch: Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen – Bestandsaufnahme und Empfehlungen, ifa-Dokumente 3/2004, Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen, http://www.ifa.de/pdf/synergie/syn_israel2004.pdf (Zugriff 15.7.2010).
- Shapiro, Shlomo (2003): „Communicating Interests across History: German-Israeli Security Cooperation“, in: Haim Goren (Hg.): Germany and the Middle East: Past, Present and Future, Jerusalem: Hebrew University Press, 305-331.
- SPD (2007): Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD, 28.10.2007, Hamburg.
- SPD/Bündnis 90/Die Grünen (2002): Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Koalitionsvereinbarung zwischen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, 16.10.2002, Berlin.
- SPD/Bündnis 90/Die Grünen (1998): Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen, 20.10.1998, Bonn.
- Spiegel Online (2002): „Fischer-Plan: Repräsentant des Uno-Sicherheitsrats soll dauerhaft nach Palästina“, 10.7.2002.
- Spiegel Online (2001): „Neue Vorwürfe wegen Teilnahme an PLO-Kongress“, 17.2.2001.
- Statistisches Bundesamt (2010): Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Aussenhandel/Handelspartner/Tabellen/Content100/RangfolgeHandelspartner.property=file.pdf> (Zugriff 15.7.2010).
- Stern (2009): „Umfrage: Jeder Zweite nennt Israel aggressiv“, 14.1.2009.
- Süddeutsche Zeitung (2010): „Angela Merkel im Gespräch. ‚Wir müssen sprachfähig sein über unsere Geschichte‘“, 8.5.2010.
- Süddeutsche Zeitung (2000): „Erstmals deutscher Präsident im israelischen Parlament“, 17.2.2000.
- Weiland, Severin (2008): „Merkels Schuldzuweisung provoziert Kritik“, Spiegel Online, 30.12.2008.
- Weiland, Severin (2000): „Besondere Staatsgäste“, die tageszeitung, 24.7.2000.
- Weingardt, Markus A. (2005): „Deutsche Israelpolitik: Etappen und Kontinuitäten“, Aus Politik und Zeitgeschichte, 25/2005, 22-31.
- Welt am Sonntag (2006): „Warum sollen unsere Soldaten in den Libanon, Frau Merkel?“, Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, 20.8.2006.
- Wolffsohn, Michael/Brechenmacher, Thomas (2007): „Israel“, in: Siegmund Schmidt/Gunther Hellman/Reinhard Wolf (Hg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 506-520.
- ZDF Pressestelle (2008): Nur 40 Prozent der Deutschen sehen besondere Verantwortung gegenüber Israel, 3.5.2008.